



RESOLUTION

Für eine nachhaltige Zukunft Europas: Die Rolle der Bildungsgewerkschaften in Europa bei der Förderung einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung - Bildung und Umweltschutz für sozialen Wandel

Verabschiedet von der EGBW-Konferenz, der Regionalkonferenz der Bildungsinternationale vom 5. bis 6. Juli 2021

Bestätigt die EGBW-Konferenz:

1. Die Menschheit steht heute vor einer enormen und beispiellosen Bedrohung ihrer Existenz durch Umweltzerstörung. Die Ursachen dieses Umweltnotstands sind Wachstums- und Entwicklungsmodelle, die ausschließlich auf Profit ausgerichtet und nicht mit ökologischen und demokratischen Modellen bzw. kapitalistischen Systemen vereinbar sind, die von der Förderung einer gesunden Umwelt profitieren. Die einzige Möglichkeit zur wirksamen Bekämpfung des Klimanotstands ist ein gesellschaftlicher Wandel hin zu einer kollektiven Gesellschaft, die auf den Prinzipien der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit, der Solidarität und der Nachhaltigkeit beruht. Bildung spielt bei diesem Wandel eine entscheidende Rolle und geht weit über die Thematisierung von Umweltproblemen im Unterricht hinaus;



2. Laut wissenschaftlichen Studien wurde die 2019 gemessene Jahresdurchschnittstemperatur nur 2016 übertroffen. Damit setzte sich der langfristige Trend der Erderwärmung fort: Die vergangenen Jahre waren die wärmsten innerhalb der letzten 140 Jahre. Wir erleben eine zunehmende Umweltverschmutzung sowie deutlich häufiger intensive Überschwemmungen, Dürren, Waldbrände, Erdbeben, Stürme und anderen Naturkatastrophen, die Menschenleben kosten, Gebäude zerstören, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit, klimabedingte Migration und eine generelle Beeinträchtigung unseres täglichen Lebens in Europa und auf der ganzen Welt zur Folge haben. Umweltzerstörung und Luftverschmutzung haben uns auch anfälliger für verschiedene Krankheiten gemacht, wie die pandemische Ausbreitung des Coronavirus und seine verheerenden Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen deutlich zeigen. Dies sind die Folgen des unverantwortlichen und nicht nachhaltigen Umgangs mit der Umwelt durch unsere Gesellschaften, des immer stärker steigenden Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der gleichzeitigen Kontaminierung der Natur mit riesigen Abfallmengen und Giftstoffen. Wenn wir diesen Kurs fortsetzen, könnte unser Planet für uns bald unbewohnbar werden. Die Zeit für Überlegungen und Diskussionen ist vorbei. Wir müssen jetzt dringend handeln und dem Klimanotstand entgegenwirken;
3. Die ökologischen Herausforderungen und die Maßnahmen zur Bewältigung des Klimanotstands haben erhebliche Auswirkungen auf den europäischen Arbeitsmarkt und auf das Leben der Beschäftigten. Einerseits stellen der Umweltnotstand und die Zerstörung von Ökosystemen eine erhebliche Gefahr für menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, Beschäftigungs- und Lohnsicherheit, sozialen Schutz und Arbeitnehmerrechte dar. Auf einem toten Planeten gibt es keine Arbeitsplätze. Andererseits erfordert ein gerechter Umbau der europäischen und der nationalen Wirtschaftssysteme für eine „grünere“ und nachhaltigere Zukunft entsprechend vorbereitete und tatkräftige Beschäftigte, die sich ihr ganzes Leben lang zu umweltschonenden Arbeitsweisen weiterbilden können;
4. Der Klima- und Umweltnotstand hat enorme Auswirkungen auf die Arbeit von Bildungseinrichtungen und stellt den Zugang zu hochwertiger Bildung in Frage, die ein grundlegendes Menschenrecht ist und dem Gemeinwohl dient. Umweltprobleme behindern die Lehr- und Lernprozesse und führen zu unsicheren und unangemessenen Arbeits- und Lernbedingungen (z. B. heiße Klassenräume, zeitweilige Schulschließungen oder -verlegungen aufgrund von Umweltveränderungen);
5. Der Klimanotstand ist zwar ein globales Phänomen, das jedes Land und jede Region der Welt berührt. Dennoch wirkt er sich je nach Region sehr unterschiedlich aus und verstärkt häufig bereits bestehende geografische, sozioökonomische, geschlechtsspezifische, bürgerrechtliche und andere Ungleichheiten. Darüber hinaus führen die durch den Klimanotstand verursachten sozioökonomischen Herausforderungen zu klimabedingter Migration. Dennoch haben Umweltflüchtlinge noch immer keinen internationalen Anspruch auf Schutz oder Unterstützung, obwohl einige Orte auf der Welt bereits unbewohnbar werden.

Die EGBW-Konferenz stellt fest:

6. Europäische und internationale Vereinbarungen zur Bewältigung des Klimanotstands, darunter die [UN-Klimarahmenkonvention](#), das [Pariser Klimaabkommen](#) und der [Europäische „Green Deal“](#), fordern eine signifikante Reduktion der Treibhausgasemissionen, die Dekarbonisierung des Energiesektors sowie die Entkopplung des Wirtschaftswachstums von der Nutzung endlicher Ressourcen und anderen von Profitinteressen geleiteten industriellen, energieintensiven Lösungen. Diese Lösungen von oben werden jedoch allein nicht ausreichen, um den ökologischen Zustand unseres Planeten zu verbessern. Der Klimanotstand erfordert einen durchgreifenden gesellschaftlichen Wandel, einschließlich einer Veränderung unserer individuellen und kollektiven Haltung, unseres Verhaltens, unseres Lebensstils und der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Organisation unserer Länder und Gesellschaften (z. B. hin zu einer Kreislaufwirtschaft, zur Nutzung erneuerbarer Energieressourcen, zu Innovationen, vernünftigen Konsummodellen usw.);



7. Derzeit beruhigen die meisten Regierungen nur ihr Gewissen, indem sie „grüne“ Marken (z. B. Bio- und Öko-Produkte) fördern oder auf die allgegenwärtige Digitalisierung setzen, statt echtes Engagement für einen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Wandel hin zu einem nachhaltigen Europa zu beweisen, der durch eine solide öffentliche Finanzierung unterstützt wird. Dabei haben „grüne“ Marken häufig eine Intensivierung des Konsums zur Folge und digitale Geräte werden mit endlichen Ressourcen und mit Energie aus endlichen Quellen produziert und unterhalten. Es ist an der Zeit, dass die Bildungsgewerkschaften den Weg in eine nachhaltige Zukunft für Europa aufzeigen und eine solidarische Führungsrolle in Bezug auf die notwendigen gesellschaftlichen Reformen und Veränderungen übernehmen, um eine Gesellschaft aufzubauen, die auf den Prinzipien von Demokratie, sozialer Gerechtigkeit, Fairness und Nachhaltigkeit basiert;
8. Klimanotstand und Umweltzerstörung sind entscheidende Themen für junge Menschen und nachfolgende Generationen. Es ist keine Überraschung, dass viele Schülerinnen und Schüler und andere junge Menschen in Europa und auf der ganzen Welt auf die Straße gehen und sinnvolle politische Maßnahmen zur Beantwortung der Umweltfragen fordern. Während das Bildungspersonal die Aufklärung zukünftiger Generationen über die Ursachen und Folgen des Klimawandels und über Maßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Zerstörung der Umwelt übernimmt, sollten die Bildungsgewerkschaften die Bedürfnisse und Forderungen ihrer aktuellen und potenziellen neuen Mitglieder in Bezug auf die für eine nachhaltige Zukunft notwendigen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Veränderungen aufgreifen;
9. Die [UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung](#) 4 und 13 besagen, dass Bildung das beste Mittel sei, um Menschen zu verantwortungsbewussten und kritisch denkenden Bürgerinnen und Bürgern zu machen, die die Ursachen und Folgen des Klimanotstands und anderer Umweltprobleme kennen und verstehen, und ihnen den Erwerb des Wissens, der Fähigkeiten und der inneren Haltung zu ermöglichen, die sie benötigen, um Lösungen zu entwickeln, Konsummodelle zu verändern und die Gesellschaft so umzugestalten, dass sich eine nachhaltigere Lebensweise durchsetzt. Die Vermittlung von Wissen über ökologische Nachhaltigkeit und „grüner“ Fähigkeiten ist auch ein wesentliches Element hochwertiger Bildung und Ausbildung in allen Branchen. Im Zeitalter des „allwissenden Internets“, der sozialen Medien und der Fake News ist es entscheidend, dass dieser Prozess von Lehrkräften an Schulen und Hochschulen und anderem Bildungspersonal gestaltet, bewertet und umgesetzt wird;
10. Schul- und Hochschullehrkräfte und anderes Bildungspersonal müssen bei der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten zum nachhaltigen Umgang mit der Umwelt mit relevanten und aktuellen Unterrichtsmaterialien, -methoden und -praktiken sowie mit regelmäßigen Fortbildungen zum Thema unterstützt werden. Darüber hinaus müssen die Bildungsbehörden die nationalen Lehrpläne überarbeiten, um ausreichend Zeit und Raum für die Ausstattung der jungen Generationen mit den notwendigen Fähigkeiten zur Verwirklichung des gesellschaftlichen Wandels zu schaffen;
11. Nachhaltige und menschenwürdige Arbeitsbedingungen im Bildungssektor erfordern auch eine Gestaltung der Infrastruktur des Bildungswesens, die klimabewusste und umweltschonende Lehr- und Lernumgebungen schafft.

Damit wir den Umweltnotstand bewältigen können, müssen wir einen größeren Rahmen definieren, der nicht dem neoliberalen Ansatz des Überlebens des Stärkeren folgt, sondern eine gerechte und inklusive Umgestaltung der Gesellschaft gewährleistet.

Deshalb bekräftigt die Resolution die folgende Verpflichtung der EGBW und ihrer Mitgliedsorganisationen:

12. Wir stellen sicher, dass die Verantwortung für die Umwelt von allen gemeinsam getragen wird, einschließlich der Institutionen auf europäischer und nationaler Ebene sowie der nationalen und regionalen Regierungen, der Vertragspartner internationaler Vereinbarungen, der Sozialpartner in der Bildung, der Bildungsgewerkschaften, des Bildungspersonals und der Arbeitgeber im Bildungswesen;



13. Wir ziehen Regierungen und Bildungsbehörden zur Verantwortung und fordern Unterstützung für evidenzbasierte und wissenschaftlich fundierte politische Maßnahmen für eine grüne und nachhaltige Umwelt;
14. Wir wirken an der Gestaltung, Bewertung und Umsetzung nationaler und europäischer Klimastrategien mit und fordern einen gesellschaftlichen Wandel, der eine nachhaltige und grüne Zukunft ermöglicht. Dabei setzen wir auf den Dialog zwischen den Sozialpartnern und Tarifverhandlungen auf allen Ebenen;
15. Wir setzen uns bei Regierungen und Bildungsbehörden dafür ein, dass Bildung in Bezug auf Umweltfragen und nachhaltige Entwicklung umfassend in die Bildungspolitik, die nationalen Lehrpläne und die europäischen, nationalen und lokalen Rahmenpläne für den Erwerb von Schlüsselkompetenzen integriert wird - bei gleichzeitiger Gewährleistung der akademischen Freiheit und der beruflichen Autonomie der Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen und des anderen Bildungspersonals;
16. Wir fordern, dass diese Integration mit nachhaltigen und angemessenen technischen, finanziellen und personellen Ressourcen verbunden ist und aus dem öffentlichen Haushalt finanziert wird;
17. Wir schärfen das öffentliche Bewusstsein dafür, dass solide öffentliche Investitionen in den gesellschaftlichen Wandel hin zu einem nachhaltigeren Europa, ebenso wie Investitionen in hochwertige Bildung, eine Investition in die Zukunft darstellen und langfristig vorteilhafter für die Wirtschaft sind als die derzeitigen Entwicklungsmodelle;
18. Wir setzen uns für die Aufwertung und Förderung der Attraktivität des Lehrberufs ein, um hochwertige und integrative Bildung für alle zu gewährleisten. Ziel dabei ist die Entwicklung engagierter, verantwortungsbewusster, kritisch denkender und aktiver Bürgerinnen und Bürger, die fähig und bereit sind, unseren Planeten für künftige Generationen zu bewahren;
19. Wir fordern das Angebot öffentlich finanzierter und nachhaltiger Aus- und Weiterbildung für Schul- und Hochschullehrkräfte und anderes Bildungspersonal, sodass sie Kompetenzen in Umweltfragen, in nachhaltiger Entwicklung und die Wahrnehmung demokratischer Rechte und Verantwortung für die Gesellschaft vermitteln können, sowie die Bereitstellung angemessener professioneller Unterstützung und relevanter, aktueller Lehrmaterialien, Instrumente, Methoden und Praktiken;
20. Wir betreiben Lobbyarbeit für nachhaltigere Lehr- und Lernumgebungen, darunter für eine klimabewusste und umweltschonende Bildungsinfrastruktur;
21. Wir entwickeln gewerkschaftliche Richtlinien und Strategien zur Förderung des gesellschaftlichen Wandels und einer nachhaltigen Zukunft durch Bildung und Umweltschutz;
22. Wir stärken die Kompetenzen und das Bewusstsein unserer Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Umweltfragen und den Klimanotstand und gestalten die Organisationskultur der Gewerkschaften selbst umweltfreundlich;
23. Wir setzen uns dafür ein, dass der gesellschaftliche Wandel hin zu einer nachhaltigen Zukunft, „grüne“ Fähigkeiten, Klimakompetenz und Bildung zum Thema ökologische Nachhaltigkeit für alle zugänglich und erschwinglich sind, auch unter Berücksichtigung der Geschlechterdimension;
24. Wir betonen die besondere Rolle der Berufsausbildung und des lebenslangen Lernens bei der Umschulung und der Entwicklung der neuen „grünen“ Fähigkeiten sowie die besondere Rolle der Forschung und Hochschulbildung bei der Schaffung einer wissenschaftlichen Grundlage für die Einbindung von Umweltfragen in alle politischen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene;



25. Wir kooperieren mit Forschungsinstituten, Jugend- und Studierendenbewegungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit der Bekämpfung des Klimanotstands und mit Umweltfragen befassen.